

## Die bevorstehende Tagung des österreichischen Parlaments.

(Von unserem Wiener Vertreter.)

—ci— Wien, 25. Mai.

In wenigen Tagen, am Mittwoch, 30. Mai, wird nach dreijähriger Pause der österreichische Reichsrat, wie man zu sagen pflegt, zur „Wiederaufnahme seiner Tätigkeit“ zusammentreten. In dem Wunsche, daß die Volksvertretung sich nunmehr zu einer wirklichen Tätigkeit aufstellen möge, sind alle Faktoren einig, die Krone und auch die Wählerschaft, die diesmal mehr als sonst auf dem Herzen hat. Es wird nicht allzulange dauern, bis man sich ein Urteil über die Gestaltung der parlamentarischen Lage bilden können. Die dem Reichsrat eingeräumte Frist ist vorläufig nur eine kurze, und die Entscheidung über Wollen oder Nichtwollen — man könnte auch sagen über Sein oder Nichtsein — des Abgeordnetenhauses wird nicht auf die lange Bank geschoben werden können. Die Gültigkeit der Mandate erlischt im Laufe des Juli, wenn nicht eine gesetzliche Erstreckung dieser Gültigkeit eintritt, und in den vier bis fünf Wochen, die bis dahin noch vor uns liegen, wird der Nachweis erbracht werden müssen, ob es sich lohnt, die Lebensdauer des österreichischen Volkshauses in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung künstlich zu verlängern. Die Ereignisse, die gewissermaßen der Auftakt zur Reichsrats-tagung waren, sind allgemein bekannt. Sie sind nicht gerade geeignet, uns an einen solchen Verlauf derselben glauben zu lassen, wie er den, erst vor kurzem in den Audienzen der Parteiführer beim Kaiser von diesen neuerdings ausgesprochenen Erörterungen entsprechen würde. Soweit die Regierung in Betracht kommt, hat sie es aus Rücksichten, denen angeblich alles andere untergeordnet ist, für gut befunden, die „Voraussetzungen“ für die innerpolitische Neuordnung fallen zu lassen. Aber auch die Parteien des Abgeordnetenhauses — die deutschen ausgenommen, die wieder einmal ihre Einsicht und Mäßigung in weitestgehendem Maße bewiesen haben — haben wenig dazu getan, um zur Gesundung des schon vor dem Ausbruch des Krieges schwerkranken österreichischen Parlamentarismus beizutragen. In der Beratung der Obmänner der einzelnen Gruppen des Hauses, die gestern stattgefunden hat, ist ein gutes Vorzeichen für die Parlamentsberatungen, die am 30. d. M. beginnen, nicht zu erblicken. Man hat es allerdings vermieden, irgend etwas zu tun oder zu sprechen, was zu öfteren Gegensätzen hätte führen müssen; wer aber vermeint hatte, daß die drei Kriegsjahre doch die Wirkung gehabt haben werden, unser parlamentarisches Leben auf eine höhere Warte zu erheben, der sah sich bitter enttäuscht. Ein großer Teil der Zeit, die die Beratung der Obmänner der Parteien in Anspruch nahm, wurde durch Einsprüche und Rörgereien der slawischen Gruppen und der Sozialdemokraten wegen der Aufstellung des Obmannes Dr. Groß des Deutschen Nationalverbandes für die Stelle des Präsidenten ausgefüllt. Was in anderen Parlamenten eine Selbstverständlichkeit ist, die Wahl des Vorsitzenden, das ist bei uns schon eine politische Doktorfrage. Man braucht wirklich kein Schwarzseher zu sein, um angesichts derartiger Erscheinungen wenig Vertrauen auf einen ersprießlichen Verlauf der bevorstehenden Reichsrats-Tagung zu setzen.

Das österreichische Parlament hätte die Verpflichtung, im gegenwärtigen Augenblick der Bedeutung der Zeit durch eine Haltung Rechnung zu tragen, die die Fehler der Vergangenheit wenigstens einigermaßen gutmacht. Das feindliche Ausland und die Neutralen werden die Vorgänge in der österreichischen Volksvertretung dazu benutzen, um sich ein Urteil über die innere Verfassung zu bilden, in der sich unser Staat am Ausgange des dritten Kriegsjahres befindet. Aber auch die Bevölkerung erwartet von ihren Vertretern sachliche Arbeit, Hilfe und Unterstützung in all den Sorgen und Nöten, die der Krieg im Gefolge gehabt hat. Und auch die Krise, die sich in der jenseitigen Hälfte des Reiches entwickelt hat, sollte für das österreichische Parlament ein Ansporn sein, wenigstens diesmal nicht wieder zu enttäuschen. Wenn der nunmehr zurückgetretene Ministerpräsident Graf Tisza mit der ihm eigentümlichen Starrheit seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber der Forderung auf weitgehende Ausgestaltung des ungarischen Wahlrechts vertrat, hat er dies fast niemals ohne

Sinn auf die in Oesterreich herrschenden Verhältnisse getan, die er als zur Nachahmung wenig verlockend hinzustellen pflegte. So weit war es also gekommen, daß man das österreichische Parlament als ein abschreckendes Beispiel anführte, wenn man von den Ausartungen des Parlamentarismus sprach, daß die Verfechter des derzeitigen so überaus rückständigen Wahlsystems in Ungarn das österreichische Volkshaus, das auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts aufgebaut ist, gewissermaßen als Warnungstafel aufstellte, um zu zeigen, zu welchen Folgen die Demokratisierung des öffentlichen Lebens führen könne. Es wäre eine politische Tat, wenn das österreichische Parlament in seiner jetzt beginnenden Tagung sich dazu aufstellen würde, um den leider gar nicht guten Ruf, in dem es bisher stand, gleichsam Lügen zu strafen, und Ungarn, das nach dem Rücktritt des Grafen Tisza vor folgender schwerer Entscheidung steht, das Beispiel dafür zu geben, daß das allgemeine Wahlrecht kein Hindernis dafür ist, daß die Vertretung, die ihm ihr Dasein dankt, ernste und verdienstliche Arbeit für Staat und Volk leistet.

Wb. Wien, 29. Mai. (Drohbericht.) Heute hielten fast alle Parteien und Gruppen des Reichstages kurze Beratungen ab. Der Vorstand des tschechischen Verbandes hielt heute eine Sitzung ab. Er wird dem Verbands die Abgabe leerer Stimmzettel bei der Präsidentschaftswahl verschreiben. Die Herrenhausmitglieder Herzog von Beaumont, Graf Karl Schönborn und Graf Karl Buguon meldeben ihren Eintritt in die Verfassungspartei des Herrenhauses. Zu der morgigen Eröffnungssitzung des Herrenhauses wird der Fürstbischof von Breslau erscheinen. Die tschechisch-nationalistische Partei wählte in Prag gestern den in militärischer Untersuchungshaft befindlichen Abgeordneten Kofac zum Obmann.